

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei, Kerstin Müller (Köln), Ute Koczy, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kai Gehring, Thilo Hoppe, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Überprüfung und Korrektur der Strategie beim Afghanistanengagement vor dem NATO-Gipfel in Kehl/Straßburg beginnen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich 2008 in besorgniserregendem Maße negativ entwickelt, die Anzahl der Sicherheitsvorfälle liegt auf dem höchsten Stand seit 2001. Ebenfalls wurde ein trauriger Höhepunkt an zivilen Gewaltopfern verzeichnet. Dies trägt zu einer Vertrauenskrise der internationalen Präsenz in Afghanistan bei. Verstärkt wird sie durch die geringe Sichtbarkeit der Aufbauerfolge für viele Afghaninnen und Afghanen. Afghanische Polizei, Justizsystem und Verwaltung sind weiterhin zu schwach entwickelt. Anhaltend hohe Korruption untergräbt zusätzlich das Ansehen der Regierung.

Gleichzeitig schwelt innerhalb der NATO, aber auch mit der afghanischen Regierung ein Streit um die richtige Militärstrategie in Afghanistan. Weiterhin stehen sich mit ISAF und OEF zwei unterschiedlich legitimierte Missionen und Ansätze gegenüber. Die inzwischen zurückgenommene Weisung des NATO-Oberbefehlshabers John Craddock zur vorbehaltlosen Tötung von Drogenhändlern ist die Fortsetzung einer kontraproduktiven Logik des Terrorkrieges, welche den festen Boden des Völkerrechts verlässt und so den gesamten Aufbaubemühungen schadet. In Kernfragen existiert derzeit keine einheitliche Strategie oder Politik.

Die neu angetretene US-Administration unter Barack Obama hat ihre Besorgnis angesichts des negativen Trends in Afghanistan zum Ausdruck gebracht und strategische Fehler der Vergangenheit eingeräumt. Um die Erfolgsaussichten wieder zu verbessern und konkrete Kurskorrekturen zu finden, soll eine 60-tägige umfassende Überprüfung des Engagements durchgeführt werden.

Das deutsche und europäische Engagement im zivilen Bereich muss ebenfalls dringend überprüft werden. Eine selbstkritische Bilanzierung und Evaluierung der Aufbaubemühungen, die andere Nationen vorgenommen haben oder vornehmen, fehlt in Deutschland bisher völlig. Das ist jedoch die Voraussetzung für eine dringend notwendige und erfolgversprechende Kurskorrektur.

Die Bundesregierung bleibt jede Antwort schuldig, wie die negative Dynamik bei den Aufbaubemühungen umgekehrt werden kann.

Präsident Barack Obama hat eine Aufstockung der Militärpräsenz um 30 000 Soldatinnen und Soldaten angekündigt. Um dadurch nicht sogar eine schädliche, den Konflikt weiter beschleunigende Wirkung in Kauf zu nehmen, sind dringend eine transatlantische Klärung und Vereinheitlichung der Strategie notwendig. Diese muss den zivilen Aufbau in den Mittelpunkt aller Anstrengungen stellen und gemeinsame Ziele für eine Abzugsperspektive benennen. Der NATO-Gipfel am 3. und 4. April 2009 muss genutzt werden, um gemeinsam einen echten Strategiewechsel beim Wiederaufbau in Afghanistan einzuleiten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- angesichts der amerikanischen Ankündigung einer Überprüfung der Afghanistanstrategie endlich eine eigene Bilanzierung und kritische Überprüfung des deutschen Engagements in Afghanistan vorzunehmen, um dringend notwendige Kurskorrekturen mit Aussicht auf Erfolg zu ermöglichen;
- sich für Kurskorrekturen beim deutschen, europäischen und beim Gesamtengagement einzusetzen und eigenständige konkrete Vorschläge und Beiträge einzubringen;
- konkret von deutscher Seite mit einer Verdoppelung der deutschen Mittel und einer raschen Ausweitung des deutschen Kontingents in der Polizeiausbildung noch im Jahr 2009 einen konstruktiven Aufschlag zu machen;
- sich gegenüber der neuen US-Administration nachhaltig für eine Beendigung kontraproduktiver Militärstrategien wie der OEF-Mission einzusetzen und damit den gesamten Einsatz unter ein klares völkerrechtliches UN-Mandat in Übereinstimmung mit der afghanischen Regierung zu nehmen;
- mit der US-amerikanischen Regierung das Zeitfenster für eine Verständigung über Kurskorrekturen in Afghanistan zu nutzen, realistische Ziele für den Aufbau zu vereinbaren und einen klaren Zeithorizont für die afghanische Übernahme der Verantwortung zu formulieren;
- sich als Konsequenz seines inzwischen zurückgenommenen inakzeptablen Befehls zur Tötung von Drogenhändlern für eine Absetzung des NATO-Oberbefehlshabers John Craddock auszusprechen;
- die Bekämpfung der Drogenökonomie durch eine abgestimmte, international ausgerichtete Initiative voranzutreiben;
- sich dafür einzusetzen, dass die zivile und entwicklungspolitische Seite des Aufbaus nachhaltig gestärkt und das Verhältnis nicht weiter in Richtung der militärischen Komponenten verschoben wird;
- entsprechende Angebote der EU zu diskutieren und aktiv einzubringen, in Form von substantiellen und umfangreichen Aufstockungen vor allem im Bereich der Ausbildung von Polizei, Aufbau von Verwaltung und Justiz, Schaffung von Arbeitsplätzen sowie ländlicher Entwicklung und Bildung, die sich an den großen Herausforderungen und den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren;
- die Kritik hinsichtlich einer Zivilisten gefährdenden Kriegsstrategie ernst zu nehmen und völkerrechtliche sowie menschenrechtliche Voraussetzungen von Befehlen, Mandaten und Einsatzregeln genau zu kontrollieren und einzuhalten;
- die künftige Afghanistanstrategie einzubetten in eine regionale Politik, die vor allem Iran, Pakistan und Indien miteinbezieht.

Berlin, den 4. März 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich 2008 weiter verschärft und ist damit auf das tiefste Niveau seit dem Sturz der Taliban im Jahr 2001 gefallen. Nach ISAF-Angaben stieg die Gewalt 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 28 Prozent. Im insgesamt ruhigeren Norden ist die Bundeswehr an einigen Standorten ebenfalls mit einer Verschärfung konfrontiert. Im Laufe des Jahres 2008 wurde nach VN-Angaben mit 2 100 Toten ein trauriger Höhepunkt an zivilen Gewaltopfern und damit ein Anstieg von 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet. Neben den brutalen Gewaltakten von Aufständischen sind dafür zu ca. 40 Prozent Kampfhandlungen der afghanischen und der verbündeten Streitkräfte verantwortlich. Mit 294 getöteten NATO-Soldatinnen und -Soldaten war auch diese Zahl höher als in den Jahren zuvor.

In jüngster Zeit hat auch die afghanische Regierung angesichts dieser steigenden Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung wiederholt Militäraktionen der internationalen Gemeinschaft kritisiert. Zugleich existieren schwere Vorwürfe gegenüber der afghanischen Regierung und ihrer Sicherheitskräfte hinsichtlich der Missachtung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Um das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung zurückzugewinnen, muss der Schutz der Zivilbevölkerung höchste Priorität erhalten und ihre Rechte müssen unbedingt geachtet werden.

Zu lange lag das Hauptaugenmerk in Afghanistan vor allem von amerikanischer Seite auf dem von George W. Bush erklärten „Krieg gegen den Terrorismus“, während der Staatsaufbau und die Schaffung selbsttragender Strukturen vernachlässigt wurden. Es ist mittlerweile Konsens in der internationalen Gemeinschaft und in der afghanischen Regierung, dass Sicherheit nicht allein durch militärische Mittel zu gewährleisten ist. Die Weiterführung der außerhalb eines Mandats der Vereinten Nationen agierenden OEF als „Anti-Terror“-Einsatz ist kontraproduktiv und untergräbt die Legitimität von ISAF und der internationalen Präsenz. Eine Militärstrategie, wie sie in der verbindlichen Weisung des NATO-Oberbefehlshabers John Craddock zur Tötung von Mittelsmännern im Drogenhandel auch ohne eindeutige Beweislage zum Ausdruck kam, ist kontraproduktiv und muss beendet werden (SPIEGEL ONLINE, 29. Januar 2009). Ebenso problematisch sind militärische Alleingänge gegen Extremisten im pakistanischen Grenzgebiet, bei denen die Zivilbevölkerung massiv gefährdet wird. Eine klare völkerrechtliche Grundlage aller internationalen Aktivitäten in Afghanistan muss gewährleistet sein. Die Kompetenz der Vereinten Nationen im Aufbauprozess muss weiter verstärkt und in die Fläche getragen werden.

Größter Nachholbedarf besteht beim Polizei- und Justizaufbau. EUPOL ist weiterhin nicht voll handlungsfähig. Deutschland und die beteiligten EU-Staaten hängen mit der Entsendung von Beamten hinterher. Es müssen endlich die notwendigen Strukturen geschaffen werden, um den Polizeiaufbau massiv zu stärken. Das ist auch Voraussetzung für den Kampf gegen den Drogenanbau und -schmuggel in Afghanistan, der nicht in erster Linie militärisch bekämpft werden kann. Die Ausweitung alternativer Einnahmequellen, die 2008 zu einem 19-Prozent-Rückgang des Anbaus beigetragen haben, müssen gestärkt werden.

Das Gesamtengagement der EU muss sich stärker an den Realitäten und dem Bedarf vor Ort anpassen und zur Gewährleistung der Sicherheit und des Wohlbefindens der Bevölkerung beitragen. Beim zivilen Wiederaufbau muss dringend die Abstimmung verbessert werden. Ein großer Teil der Mittel für den Wiederaufbau kam nicht vor Ort bei den Afghaninnen und Afghanen an. Aufbauleistungen und Hilfe müssen stärker regional und inhaltlich an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet sein. Der dies berücksichtigende gute Ansatz der regionalen Entwicklungsfonds (PDF) muss weiterentwickelt werden. Es bedarf dringend einer kritischen Überprüfung und Bilanzierung des internationalen, aber insbesondere auch des deutschen Ansatzes, darunter die z. B. vom deut-

schen Dachverband der Entwicklungsorganisationen VENRO geforderte Überprüfung der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Die Bundesregierung lässt bisher keine Ansätze zu dieser überfälligen Überprüfung erkennen, um eine positive Dynamik beim Aufbauprozess zu bewirken. Ohne deutliche Kurskorrekturen wird sich dies nicht bewerkstelligen lassen.

Zu Beginn des Jahres 2009 existiert eine massive Vertrauenskrise der internationalen Präsenz und der afghanischen Regierung in Afghanistan. Eine am 9. Februar 2009 veröffentlichte gemeinsame Umfrage von ARD, BBC und ABC zeigt den dramatischen Vertrauensverlust, auch wenn sich noch eine Mehrheit für den Verbleib der internationalen Präsenz ausspricht. Die neue US-Regierung hat die Aufstockung des Afghanistankontingents um 30 000 Soldatinnen und Soldaten angekündigt. Eine militärfixierte Strategie wird Afghanistan nicht befrieden können. Ohne eine massive Aufstockung der zivilen Hilfe und der Bemühungen beim Staatsaufbau droht das Missverhältnis zwischen zivilem und militärischem Engagement weiter zu wachsen. Um einen Strategiewechsel in Afghanistan einzuleiten und diesen mitzugestalten muss die EU zu einer eigenen Aufbauoffensive bereit sein und die zukünftige Strategie eng mit den USA abstimmen, welche bisher die mit Abstand meisten Ressourcen für den Aufbau bereitstellen. Mit Barack Obama regiert jetzt ein Präsident, der sich zu mehr multilateraler Abstimmung bekennt. Der angekündigte gesamtregionale Ansatz und diplomatische Umgang mit Iran sind hoffnungsvolle Zeichen. Deutschland und Europa dürfen bei der Diskussion um die neue Afghanistanstrategie nicht den Anschluss verlieren und müssen jetzt eigene Vorstellungen für einen Strategiewechsel einbringen. Die Zeit bis zum NATO-Gipfel am 3. und 4. April 2009 in Kehl/Straßburg muss dafür genutzt werden.